

Wien, 13. Oktober 2024

Betreff: Forderungen von Attac Österreich für die Regierungsverhandlungen

Sehr geehrter Herr Nehammer,

nach der Nationalratswahl am 29. September stehen Sie als Vertreter der ÖVP in den kommenden Wochen vor wichtigen Sondierungsgesprächen und etwaigen Regierungsverhandlungen. Sie stellen damit die Weichen für die Zukunft Österreichs.

Attac Österreich sieht vor allem in den Bereichen Steuern, Energie und Handelspolitik dringenden Reformbedarf für jede neue Regierung. Attac fordert:

- 1. Ein gerechtes Steuersystem mit einem fairen Beitrag der Reichsten**
- 2. Eine demokratische Energieversorgung mit leistbarer und sauberer Energie**
- 3. Einen Neustart für die Handelspolitik mit einem Stopp des EU-Mercosur-Abkommens**

Maßnahmen in diesen Bereichen stärken nicht nur die Demokratie, fördern soziale Gerechtigkeit und den Schutz unserer Lebensgrundlagen. Sie fördern auch die notwendige klimasoziale Transformation der Wirtschaft und verbessern das Leben aller Menschen.

Wir ersuchen Sie daher, die entsprechenden Maßnahmen in den Gesprächen zur Bildung einer neuen Regierung mit Nachdruck einzubringen und einzufordern.

Mehr Details zu den Forderungen finden Sie im Anhang.
Bei Fragen dazu stehen wir gerne für ein Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



Lena Gerdes, Vorstandsmitglied Attac Österreich



Answer Lang, Geschäftsführer Attac Österreich

1. Ein gerechtes Steuersystem mit einem fairen Beitrag der Reichsten

Steuern sind ein wichtiger Baustein für ein gutes Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aktuelle Berechnungen des Finanzministeriums zeigen, dass Österreich in der kommenden Legislaturperiode vor großen budgetpolitischen Herausforderungen steht. Doch ausgerechnet die Reichsten tragen in Österreich wenig zum Steueraufkommen bei – diese Schieflage gilt es zu korrigieren.

1.1. Eine Vermögensteuer, welche die Vermögenszuwächse der Reichsten stoppt

[Attac-Berechnungen](#) zeigen, dass sich das Vermögen österreichischer Milliardär*innen alle sieben Jahre verdoppelt. Zwischen 2002 und 2024 ist es um jährlich 10,3 Prozent angewachsen. Steuert die Politik nicht dagegen, geraten die Vermögen und die Macht der Reichsten völlig außer Kontrolle. Schon heute besitzt das reichste Prozent mehr als 40 Prozent des Vermögens. Zugleich stammt nur rund 1 Prozent der Steuerbeträge aus vermögensbezogenen Steuern. International ist Österreich damit unter den Schlusslichtern; im Durchschnitt der OECD sind es 5,6 Prozent. Würde Österreich auf diesen OECD-Schnitt aufschließen, würden die Steuereinnahmen von 3 auf 10 Milliarden Euro steigen.

Die immer extremere Konzentration von Vermögen und Macht gefährdet unsere Demokratie, da die Reichsten ihre Interessen immer stärker auf Kosten der Mehrheit durchsetzen. Viele Menschen wenden sich daher von demokratischen Prozessen, Institutionen und politischem Engagement ab – oder unterstützen sogar antidemokratische Kräfte. Zugleich bestätigen Umfragen seit Jahren, dass rund [zwei Drittel der Bevölkerung Vermögensteuern befürworten](#).

Mit dem [Attac-Modell](#) werden Vermögen von mehr als 5 Millionen Euro progressiv besteuert. Die Steuer betrifft damit lediglich die Reichsten 0,3 Prozent der Bevölkerung, 99,7 Prozent profitieren. Die Steuer steigt in 4 Stufen an – bis auf 10 Prozent für Vermögen über 1 Milliarde Euro. Der extreme Zuwachs von Vermögen und Macht kann damit effektiv eingebremst werden. Berechnungen auf Basis der EZB-Vermögenserhebungen zeigen, dass dieses Modell Einnahmen von bis zu 22 Milliarden Euro ermöglicht. Diese Mittel für wichtige öffentliche Investitionen schaffen Arbeitsplätze und verbessern das Leben aller Menschen.

Stufen	Vermögen	Grenzsteuersatz
Freibetrag	0 bis 5 Mio. €	0 %
1. Stufe	5 bis 50 Mio. €	1 %
2. Stufe	50 bis 100 Mio. €	2 %
3. Stufe	100 Mio. bis 1 Mrd. €	5 %
4. Stufe	über 1 Mrd. €	10 %

Zusätzlich zur progressiven Vermögensteuer ist auch eine progressive Erbschaftssteuer mit hohen Freibeträgen nötig. Sie kann große Vermögen bei der Übertragung abschmelzen, die Ungleichheit reduzieren und der demokratiegefährdenden Wirkung von Milliardenvermögen entgegenwirken.

1.2. Kapital gleich progressiv besteuern wie Arbeit

Kapitaleinkommen unterliegen derzeit einer Flat Tax von 25 beziehungsweise 27,5 Prozent – unabhängig von der Einkommenshöhe. Im Gegensatz dazu werden Arbeitseinkommen progressiv besteuert – mit Grenzsteuersätzen bis zu 55 Prozent. Diese steuerliche

Bevorzugung von leistungslosen Kapitaleinkommen muss beendet werden. Alle Kapitaleinkommen müssen unter die Einkommensteuer fallen und somit progressiv besteuert werden. Dazu zählen u.a.: Dividenden, Zinserträge sowie Kursgewinne aus dem Aktien-, Anleihe-, Derivate- und Devisenhandel. Eine solche steuerliche Gleichbehandlung ist durch die automatische Meldung der Kapitaleinkommen an die Finanzämter einfach umsetzbar. Die zusätzlichen Einnahmen können für eine spürbare Senkung der Beiträge kleinerer und mittlerer Einkommen (aus Arbeit und Kapital) verwendet werden.

1.3. Körperschaftsteuer: Anhebung und Progression statt Senkung

Die generelle Senkung der Körperschaftsteuer von 25 auf 23 Prozent der vergangenen Regierung muss zurückgenommen werden. Denn seither tragen die gewinnstärksten fünf Prozent der Unternehmen jährlich rund 1,2 Milliarden Euro weniger zum Gemeinwohl bei. Dennoch [sinken die Investitionsquoten](#) der Unternehmen weiter, da sie weniger auf Senkungen der Gewinnsteuern, sondern auf positive Nachfrageerwartungen reagieren. Dazu trägt eine KÖSt-Senkung jedoch [nichts bei](#). Wichtige Investitionskriterien sind zudem eine gute öffentliche Infrastruktur und qualifizierte Arbeitnehmer*innen. Eine KÖSt-Senkung verschärft auch die Ungleichheit, da Unternehmensanteile vor allem bei den Reichsten konzentriert sind. OECD-Forscher*innen [raten von KÖSt-Senkungen ab](#).

Österreich war im Zeitraum 2023/24 der einzige OECD-Staat, der den internationalen Steuerwettbewerb nach unten weiter befeuert hat. Senken jedoch alle Staaten ihre Unternehmenssteuer um die Wette, bleibt das ein zwischenstaatliches Nullsummenspiel. Zugleich fehlen bei angespannter Budgetlage und hohem Investitionsbedarf wichtige staatliche Einnahmen (und damit Nachfrage).

Wer mehr beitragen kann, soll auch mehr beitragen: Dieses bei der Lohnsteuer gültige Prinzip der Leistungsfähigkeit muss auch für Unternehmen gelten. Attac fordert daher eine progressive Gestaltung der Körperschaftsteuer. Die aktuelle Unternehmensbesteuerung wirkt in Wahrheit regressiv. Große multinationale Konzerne haben durch steuerrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten weitaus geringere effektive Steuerraten als Klein- und Mittelbetriebe. Zusätzlich reduzieren sie durch aggressive Gewinnverschiebungen ihren tatsächlichen Steuerbeitrag. Eine progressive Körperschaftsteuer kann dieser Wettbewerbsverzerrung entgegenwirken. Sie würde auch der Entwicklung der vergangenen Jahre Rechnung tragen, in denen zahlreiche Branchen Übergewinne (windfall profits) und Überförderungen verzeichnen konnten.

Das [beispielhafte Attac-Modell](#) aus dem Jahr 2019 sieht drei Steuerstufen je nach Gewinnhöhe eines Unternehmens vor: 22 Prozent KÖSt für alle Gewinne bis zu 40.000 Euro, 25 Prozent für alle Gewinne bis 500.000 Euro und 34 Prozent für alle Gewinne darüber. Die Mindestkörperschaftsteuer für geringe Gewinne, die rund 43 Prozent der KÖSt-pflichtigen Unternehmen betrifft, bliebe unverändert bestehen. Über 700.000 Unternehmen, die als Einzelunternehmen oder Mitunternehmenschaften tätig sind, wären gar nicht betroffen, da sie einkommensteuer-, aber nicht körperschaftsteuerpflichtig sind.

2. Eine demokratische Energieversorgung mit leistbarer und sauberer Energie

Energieversorgung ist ein öffentliches Gut – und keine Quelle für maximalen Profit. Doch der liberalisierte Energiemarkt mit profitorientierten Konzernen und schrankenlosem Wettbewerb hat uns in eine tiefe Energiekrise geführt. Märkte sorgen weder für eine leistbare Grundversorgung, noch bringen sie die Energiewende voran.

Aktuell zahlen Privathaushalte für Strom im Durchschnitt 27 Cent pro Kilowattstunde. Das Vorkrisenniveau lag bei 20,42 Cent pro kWh ([Österreichs.energie, 2019](#)). Damit hat sich der Preis für Endverbraucher*innen um mehr als ein Drittel erhöht. Zugleich machen Energieversorger österreichweit Rekordprofite. Allein die KELAG konnte ihren Profit um 316 Prozent steigern. Diese Teuerung ist kein Naturphänomen. Attac fordert daher:

2.1. Spekulation und Börsenhandel mit Energie beenden

Energiepreise dürfen nicht von Spekulation abhängig sein. Attac fordert ein Ende von spekulativen Termingeschäften und intransparenten Energiebörsen. Die Energiepreise der Erzeuger müssen sich an den Herstellungskosten orientieren, und nicht wie derzeit vom Gaspreis abhängig sein.

2.2. Gemeinnützigkeit gesetzlich verankern

Energieversorger müssen gemeinnützig agieren und saubere Energie zu leistbaren Preisen bereitstellen. Dazu braucht es eine gesetzliche Verankerung von Versorgungssicherheit, Leistbarkeit und Klimagerechtigkeit als oberstes Ziel ihrer Tätigkeit – ähnlich wie im gemeinnützigen Wohnbau. Attac fordert eine demokratische Kontrolle über Energiekonzerne und -versorger, an der Beschäftigte, Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaftler*innen gemeinsam arbeiten.

2.3. Energie-Grundanspruch für alle und gerechte Preise

Ähnlich der Strompreisbremse muss ein [Energie-Grundanspruch](#) den Grundbedarf aller Haushalte sowie kleiner und mittlerer Unternehmen günstig abdecken. Verschwenderischer Luxusverbrauch muss dabei durch progressiv ansteigende Energietarife verteuert werden. Die Energiepreise der Erzeuger müssen transparent sein und demokratisch kontrolliert werden.

2.4. Klima- und sozial gerechte Energieproduktion

Der Aufbau eines klima- und sozial gerechten Energiesystems muss Priorität haben. Der freie Markt kann diesen Umbau aber nicht gewährleisten. Ein koordinierter Plan für den massiven Ausbau erneuerbarer Energien und den raschen Ausstieg aus Gas, Öl und Kohle ist notwendig. Gleichzeitig ist die Energiewende nur mit einer Reduktion des Energieverbrauchs möglich. Der Umbau der Energieversorgung zu 100 Prozent Erneuerbaren muss sozial gerecht sein und den Beschäftigten unter anderem qualitativ hochwertige Jobs, soziale Absicherung und Weiterbildungsmöglichkeiten garantieren.

3. Ein Neustart für die Handelspolitik mit einem Stopp des EU-Mercosur-Abkommens

Jahrzehntlang haben die EU und Österreich eine neoliberale Handelspolitik auf Kosten von Menschen und Klima betrieben. Allein [20 bis 30 Prozent der globalen Emissionen](#) werden in Zusammenhang mit globalem Handel gebracht. Hier ist eine sofortige Umkehr hin zu einer klimasozialen und demokratischen Handelspolitik nötig.

3.1. Stopp für das EU-Mercosur Abkommen / Keine Aushebelung von Österreichs Veto / Entzug des Verhandlungsmandats

Attac fordert den sofortigen Verhandlungsstopp des EU-Mercosur Abkommens und aller anderen EU-Handelsabkommen. Insbesondere das EU-Mercosur Abkommen bringt direkte Nachteile für die [österreichische Landwirtschaft und Lebensmittelbranche](#) sowie [Konsument*innen](#) und trägt durch vermehrte Entwaldung des Amazonas zur Verschärfung der Klimakrise bei. Das Abkommen ist ein Frontalangriff auf kleinbäuerliche Landwirtschaft, Klimaschutz, Biodiversität und Menschenrechte. Auch zahnlose Zusatzerklärungen können an der problematischen Ausrichtung des Abkommens nichts ändern.

Der EU-Unterausschuss des Nationalrates hat die österreichische Regierung am 19. September 2019 [verpflichtet](#), „*alle Maßnahmen zu ergreifen [sind], um einen Abschluss des Mercosur-Abkommens zu verhindern*“. Dennoch verhandelt die EU-Kommission dieses klimaschädliche Abkommen munter weiter. Die neue Regierung muss den Willen des Parlaments endlich mit Leben füllen – und zwar bevor sie vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Denn es besteht die Gefahr, dass die EU den wirtschaftlichen Teil des Abkommens getrennt vom politischen Teil beschließt (“Splitting”) und so Österreichs Veto aushebelt. Die neue Regierung muss sich in Brüssel unmissverständlich gegen das Splitting aussprechen.

Darüber hinaus darf die kommende Regierung auch das Verhandlungsmandat des Mercosur-Abkommens nicht länger unterstützen. Österreich muss in der EU eine Klima-Allianz schmieden, um der EU-Kommission das Mandat zu entziehen.

3.2. Neustart für eine klimasoziale und demokratische Handelspolitik

Die europäische Handelspolitik benötigt dringend einen Neustart. Sie muss echte Lösungen für die Klimakrise, für Arbeitslosigkeit und Inflation bieten. Im Kern jedes sinnvollen Abkommens muss die Frage stehen, wie man aus der Nutzung fossiler Rohstoffe aussteigen, Konzepte für erneuerbare Energie umsetzen und öffentlichen Verkehr ausbauen kann.

Anstatt politische und wirtschaftliche Beziehungen von den Interessen transnationaler Konzerne diktieren zu lassen, braucht es offene und demokratische Prozesse. Jedes neue Handelsmandat muss in einer breiten Debatte mit der Zivilgesellschaft diskutiert und im europäischen und den nationalen Parlamenten abgestimmt werden. Zudem müssen die Öffentlichkeit und die Parlamente laufend über den Stand der Verhandlungen informiert werden sowie die Möglichkeit haben, Fehlentwicklungen zu korrigieren.